

Protokoll Nr. 39 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
13.08.2026	19:00 Uhr	22:10 Uhr	Bürgerhaus Hemelingen Godehardstraße 4 Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Susanne Alm
Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Heinz Hoffhenke
Rosa Hundak
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Senatorin Dr. Eva Högl (Senatorin für Inneres und Sport)
Timm Tebbe (Vonovia)
Jens Rathgeber (Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.06.2026 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Senatorin für Inneres und Sport Dr. Eva Högl

TOP 4: Müll im Stadtteil

TOP 5: Heizkosten Vonovia von der Linken

TOP 6: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.06.2026 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 25.06.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen

auf Beiratsbeschlüsse

Jörn Hermening berichtet, dass es einen Modellversuch Schulstraße in der Parsevalstraße geben wird. Er dankt der der Schulweginitiative Hemelingen für ihr Engagement.

Antwort 051-2026-B Pflege- und Gesundheitsversorgung für Senior:innen (Anlage 1)

E-Mail von SGFV vom 20.07.2026:

- Zugang zu Gesundheitsleistungen soll unabhängig von Einkommen und für alle zugänglich sein
- Pflegebedürftige und Angehörige sollen finanziell entlastet werden
- Die Ausbildung für Pflegeassistentenkräfte soll ausgebaut werden
- Der Ausbau wohnortnaher Unterstützungsangebote wird unterstützt
- Beratungs-, Unterstützungs- und Begegnungsangebote sollen soziale Isolation verhindern

Antwort 039-2026-B Parken Kleine Westerholzstraße (Anlage 2)

E-Mail vom ASV vom 27.07.:

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist es nicht möglich, das Parken in der Straße neu zu ordnen, da eine Markierung der Parkstände eine unzulässige Restfahrbahnbreite übriglassen würde. (Anmerkung Ortsamt: Die Restfahrbahnbreite muss immer mindestens 3,05 m betragen).

Somit kann einem generellen Verbot des aufgesetzten Parkens nicht stattgegeben werden, da dies den geltenden rechtlichen Vorgaben widersprechen und die Verkehrssicherheit beeinträchtigen würde.

Ralf Bohr erkundigt sich, ob dort dann weiter geparkt werden darf.

AW: Jörn Hermening antwortet, dass dort generell geparkt werden darf, wenn die Größe der Autos es zulässt. Das aufgesetzte Parken ist allerdings untersagt.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger bemängelt, dass der Glascontainer am Hastedter Osterdeich wieder direkt am Bürgersteig steht und Glas auf den Fahrradweg fällt. Der Beirat hatte sich in der Vergangenheit mit der DBS auf einen Kompromiss geeinigt, den Container 50 cm vom Bürgersteig entfernt zu platzieren. Das wurde auch umgesetzt, jetzt steht der Container allerdings wieder direkt am Bürgersteig.

AW: Jörn Hermening sagt zu, die Information an die DBS weiterzugeben.

Die Sachkundige Bürgerin Kirsten Almstadt berichtet von einer E-Mail, die sie von einer Sebaldsbrücker Bürgerin bekommen hat. Der Mülleimer in der Wilhelm-Wolters-Straße wird nicht mehr geleert und ist so voll, dass der Müll herausquillt und neuer Müll unter den Eimer

gelegt wird, was für großen Ärger bei den Bewohner:innen sorgt. Darüber hinaus wird in der Semmelweisstraße illegal Sperrmüll abgelegt. Kirsten Almstadt erkundigt sich stellvertretend für die Bürgerin, ob der Beirat etwas dagegen unternehmen kann.

AW: Jörn Hermening sagt zu, dass sich das Ortsamt mit dem Anliegen an die DBS wendet. Bezüglich des Sperrmülls fragt das Ortsamt nach, was man unternehmen kann. Er rät, auch einmal die Gewoba in dieser Angelegenheit anzusprechen.

Anne Wörner stellt sich als neue Quartiersmanagerin für Hemelingen vor. Sie hat ab dem 01.08. übergangsweise die Stelle von Heike Schilling übernommen.

Birgit Benke vom Stadtteilmaking erinnert an die diesjährige Hemelinger Vielfalt (HeVie), die am 05. und 06. September im Tamra-Hemeligen-Park stattfindet.

Eine weitere Bürgerin berichtet über Probleme im Zusammenhang mit dem REWE-Markt „Auf der Hohwisch“. Als direkte Anwohnerin beklagt sie insbesondere den zunehmend verwahrlosten Zustand des Weges zwischen dem Markt und ihrem Wohnhaus. In dieser Angelegenheit hatte sie bereits Kontakt zu Jörn Hermening und Uwe Jahn, die ihr zugesagt hatten, sich erneut mit ihr in Verbindung zu setzen. Sie würde gerne den direkten Kontakt zum Eigentümer suchen und bittet hierbei um Unterstützung.

AW: Jörn Hermening räumt ein, dass es das Ortsamt versäumt hat, sich bei der Bürgerin zu melden. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass das Ortsamt den Überwuchs vom REWE-Markt in den angrenzenden Weg bereits gemeldet hat.

Er bietet an, bei Bedarf das Gespräch mit dem Eigentümer zu suchen. Zunächst sagt er jedoch zu, gemeinsam mit Uwe Jahn bei der Bürgerin vor Ort vorbeizukommen. Zur Vereinbarung eines Termins wird er sich mit ihr in Verbindung setzen.

TOP 3: Senatorin für Inneres und Sport Dr. Eva Högl

Die Senatorin bedankt sich beim Beirat an der heutigen Sitzung teilzunehmen zu dürfen und betont, dass sie insbesondere zuhören und Hinweise, Kritik und konkrete Anliegen aus dem Stadtteil aufnehmen möchte. Offene Fragen sollen im Anschluss zeitnah nachgearbeitet werden. Folgende Themen hat sie zur Diskussion mitgebracht:

- **Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung:** Ziel ist es, die objektive und subjektive Sicherheit der Bürger:innen in allen Stadtteilen weiter zu stärken. Die Kriminalität ist insgesamt zurückgegangen; auch in Hemelingen wurden 27 % weniger Straftaten registriert. Die Kriminalitätsbekämpfung bleibt jedoch eine dauerhafte Aufgabe.
- **Gewalt und Drogen:** Die zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft sowie die Auswirkungen von Drogenabhängigkeit stellen weiterhin Herausforderungen dar. Erforderlich ist ein integrierter Ansatz aus Prävention, Polizei und weiteren zuständigen Stellen.
- **Schutz älterer Menschen:** Straftaten zum Nachteil älterer Menschen bereiten weiterhin Sorgen. Die Polizei setzt daher verstärkt auf Prävention und Aufklärung, um ältere Menschen vor Betrugsdelikten und Trickdiebstählen zu schützen.
- **Häusliche Gewalt:** Häusliche Gewalt soll konsequent bekämpft werden. Neue Möglichkeiten des Polizeigesetzes, etwa die elektronische Aufenthaltsüberwachung mittels Fußfessel, sollen zum Schutz betroffener Frauen und Kinder eingesetzt werden.
- **Schutz von Einsatzkräften:** Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste werden klar abgelehnt. Der Schutz der Einsatzkräfte und eine ausreichende Ausstattung von Polizei und Ordnungsdienst werden als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe gesehen.

- **Ausstattung von Polizei und Ordnungsdienst:** Trotz knapper finanzieller und personeller Ressourcen sollen Polizei und Ordnungsdienst weiter gestärkt werden. Jährlich sollen weiterhin 225 Polizeikräfte ausgebildet und eingestellt werden; außerdem werden Investitionen in Ausrüstung, Digitalisierung und Gebäude vorgenommen.
- **Sicherheitslage in Hemelingen:** Neben dem Rückgang der Straftaten in Hemelingen wurde eine Aufklärungsquote von 47 % hervorgehoben. Auch das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger hat sich verbessert.
- **Hauptbahnhof:** Die bereits umgesetzten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage rund um den Hauptbahnhof, unter anderem durch spezialisierte Einsatzgruppen, Streifen und bauliche Maßnahmen, sollen weiter bewertet werden. Rückmeldungen aus den Stadtteilen sind ausdrücklich erwünscht.
- **Extremismus und hybride Bedrohungen:** Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, sowie neue Bedrohungen durch Spionage, Sabotage, Drohnen und hybride Kriegsführung stellen zunehmende Herausforderungen dar. Die Sicherheit von Häfen und Flughafen soll entsprechend gestärkt werden.
- **Bürger- und Ordnungsamt:** Die bürgernahen Ämter sollen durch bessere Abläufe, zusätzliche Angebote und eine stärkere personelle Ausstattung verbessert werden. Auch das Migrationsamt soll effizienter werden, insbesondere bei Aufenthaltserlaubnissen und Einbürgerungen.
- **Sport und Hemelingen:** In Hemelingen soll weiter in Sportanlagen investiert werden. Besonders die Sanierung und zukunftsfähige Gestaltung des Schlossparkbads, einschließlich Barrierefreiheit und Klimaschutz, wird vorangetrieben.

Diskussion:

Reinhard Zwilling fragt, warum beim Schutz vor häuslicher Gewalt ausschließlich Frauen und Kinder genannt werden und weist darauf hin, dass auch Männer geschützt werden müssen. Außerdem hinterfragt er die Wirksamkeit der sichtbaren Polizeipräsenz bei der Bekämpfung des Drogenhandels und regt an, stärker auf eine effektive Bekämpfung anstelle reiner Präsenz zu setzen. Abschließend bittet er darum, bei der Sportstättenplanung die Bedürfnisse des Schwimmsports, insbesondere ausreichende Trainingszeiten, 50-Meter-Bahnen und Sprungtürme für Schwimmvereine und die DLRG, zu berücksichtigen.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie sich als Frau auf den Straßen in Bremen zunehmend unsicher fühlt und selbst sowie in ihrem Umfeld von Belästigungen und Angriffen erfahren hat. Sie weist außerdem auf ihre eigenen Erfahrungen mit linksextremer Gewalt hin und kritisiert, dass diese ihrer Wahrnehmung nach in Bremen zu wenig berücksichtigt wird. Darüber hinaus bemerkt sie, dass auch die zunehmende Vermüllung und das rücksichtslose Verhalten im öffentlichen Raum zu einem Gefühl der Unsicherheit und Verwahrlosung beitragen.

AW: Dr. Eva Högl antwortet:

- Fragen der Sicherheit nimmt alle Menschen unabhängig von Geschlecht und Alter in den Blick. Bei häuslicher Gewalt sind jedoch überwiegend Frauen die Opfer und Männer die Täter.
- Die Kritik an der Polizeipräsenz am Ziegenmarkt weist sie zurück und betont die hohe Einsatzbereitschaft der Polizei. Die Videoüberwachung ist auf Wunsch der Anwohner:innen eingerichtet worden; mögliche Verdrängungseffekte in die Nebenstraßen werden beobachtet.
- Sie steht mit Anwohner:innen sowie dem Beirat im Austausch und will auch mit REWE über Möglichkeiten zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Ziegenmarkt sprechen.
- Sie betont die Bedeutung ausreichender Wasserflächen für Schul-, Vereins- und Leistungssport sowie für die DLRG. Trotz der notwendigen Schließung des

Hansewasserbads und des Unibads wird nach Ersatzflächen und einem möglichen Neubau gesucht.

- Die vorhandenen Wasserflächen sollen möglichst effizient zwischen Schulen, Vereinen, Öffentlichkeit, Leistungssport und weiteren Nutzergruppen verteilt werden.
- Belästigungen und Bedrohungen werden unabhängig vom Hintergrund ernst genommen. Neben der Gestaltung sicherer Stadträume setzt sie auf die konsequente Bekämpfung aller Formen von Extremismus und bittet Betroffene, Vorfälle unbedingt der Polizei zu melden.

Ralf Bohr bedankt sich für den Austausch und erkundigt sich, wie die zunehmenden schweren und gefährlichen Körperverletzungen, insbesondere unter jungen Menschen, stärker präventiv bekämpft werden können. Außerdem bittet er um eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes in Hemelingen, insbesondere bei der Verkehrsüberwachung und der Ahndung von Falschparken. Darüber hinaus weist er auf die zunehmende Vermüllung in den Randbereichen des Stadtteils hin und regt an, illegale Müllablagerungen konsequenter zu verfolgen und zu sanktionieren.

Dr. Christian Kornek bedankt sich für den Besuch und merkt an, dass neben den positiven Entwicklungen auch die weiterhin bestehenden Probleme stärker hätten angesprochen werden können. Er weist insbesondere auf die Vermüllung und das mangelnde Sicherheitsgefühl, vor allem nachts, hin. Zudem kritisiert er die langen Wartezeiten bei der Terminvergabe des Bürgeramts in der Stresemannstraße.

AW: Dr. Eva Högl:

- Die zunehmende Gewaltbereitschaft und der Anstieg gefährlicher und schwerer Körperverletzungen bereiten weiterhin Sorgen. Insbesondere die Zunahme von Straftaten mit Messern wird aufmerksam verfolgt.
- Als Reaktion wird die Waffenverbotszone rund um den Hauptbahnhof ausgeweitet. Zudem gilt in Bussen und Bahnen rund um die Uhr ein Waffenverbot, das konsequent kontrolliert wird.
- Der Ordnungsdienst wird weiter ausgebaut. In Hemelingen sollen künftig zwei zusätzliche Mitarbeitende eingesetzt werden.
- Die Senatorin regt einen engeren Austausch mit dem Beirat an, damit dieser besser über die Einsatzzeiten des Ordnungsdienstes informiert ist und gezielt auf Problembereiche, insbesondere beim ruhenden Verkehr und Gehwegparken, hinweisen kann.
- Zum Bürgeramt in der Stresemannstraße weist sie darauf hin, dass die dortige Situation längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Als kurzfristige Alternative steht das Pop-up-Center zur Verfügung.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass der Beirat dem Ordnungsamt bereits angeboten hat, Hinweise auf besonders dringliche Problembereiche zu geben. Dabei kann der Beirat aufgrund zahlreicher Bürgerbeschwerden auch auf Bereiche aufmerksam machen, in denen ein größerer Handlungsbedarf besteht.

Dr. Christian Kornek merkt an, dass ihm das Pop-up-Center bislang nicht bekannt gewesen ist, und betont, dass sich der Beirat weiterhin eine zuverlässige und zeitnahe Terminvergabe im Bürgeramt in der Stresemannstraße wünscht.

AW: Dr. Eva Högl:

- Das Pop-up-Center wurde insbesondere für die Ferienzeit eingerichtet und bietet kurzfristig Termine für Reisepässe, Personalausweise und Anmeldungen.

- Gleichzeitig soll das Bürgeramt in der Stresemannstraße dauerhaft verbessert werden.
- Ziel ist es, die Wartezeit auf einen Termin bis Ende 2026 auf unter 31 Tage zu reduzieren.

AW: Dr. Knud Dietrich, Leiter der Regionalabteilung Ost bei der Polizei Bremen, ordnet die Entwicklung der gefährlichen und schweren Körperverletzungen in Hemelingen ein. Zwar sei ein Anstieg von 46 auf 60 Fälle zu verzeichnen, gleichzeitig sind die Körperverletzungsdelikte insgesamt von 609 auf 546 Fälle zurückgegangen. Auch bei Raubdelikten ist eine positive Entwicklung festzustellen. Insgesamt ist Hemelingen auf den Straßen sicher. Zudem betont er die Bedeutung der Gewaltprävention, die bereits in den Schulen ansetzt und sich an Menschen jeden Alters richtet.

Yunas Kaya bemerkt, dass das Thema Gewalt an Schulen in den Ausführungen zu kurz gekommen ist. Er weist außerdem darauf hin, dass insbesondere junge Menschen teilweise Angst haben, Straftaten bei der Polizei anzuzeigen, wodurch die tatsächliche Zahl der Fälle möglicherweise nicht vollständig in der Kriminalstatistik abgebildet werden. Darüber hinaus erkundigt er sich nach der Entwicklung des gewaltorientierten Linksextremismus und weist darauf hin, dass auch auslandsbezogener Extremismus sowie Salafismus und Islamismus stärker berücksichtigt werden sollen.

Kerstin Biegemann erkundigt sich nach den Planungen für die künftigen Sportflächen auf dem Rennbahngelände und möchte wissen, wann mit einer Umsetzung zu rechnen ist und ob hierfür möglicherweise Bundesmittel genutzt werden können. Zudem weist sie darauf hin, dass sie sich in Hemelingen trotz störenden und rücksichtslosen Verhaltens einzelner Personen grundsätzlich sicher fühlt.

AW: Dr. Eva Högl:

- Das Thema Gewalt an Schulen wird von Innen- und Bildungsressort gemeinsam bearbeitet. Neben präventiven Maßnahmen der Polizei sollen Schulen unter anderem mit Notrufmöglichkeiten für Amoklagen ausgestattet werden.
- Die Polizei soll für junge Menschen stärker als vertrauensvoller Ansprechpartner vermittelt werden. Ängste und Vorbehalte, insbesondere aufgrund negativer Erfahrungen im familiären oder kulturellen Umfeld, sollen abgebaut werden.
- Neben dem Rechtsextremismus werden auch auslandsbezogener Extremismus, Islamismus und Linksextremismus von den Sicherheitsbehörden aufmerksam beobachtet und bekämpft.
- Für das Rennbahngelände besteht die Vorstellung, dort eine große Sportanlage mit Mehrzweckhalle für nationale und internationale Wettkämpfe zu schaffen. Die Finanzierung ist derzeit jedoch nicht gesichert; es sollen unter anderem Sponsoren und politische Unterstützung gewonnen werden.

Kerstin Biegemann stellt klar, dass laut den vorgestellten Planungen auf dem Rennbahngelände keine große Mehrzweckhalle oder Sportveranstaltungen vorgesehen sind, sondern vor allem kostengünstige Außensportangebote wie Skateflächen oder Fußballplätze. Sie weist darauf hin, dass viele Vereine in Hemelingen wegen fehlender oder schlecht nutzbarer Sportflächen ihre Angebote nicht ausweiten können, und regt an, auch mit kleineren, finanziell überschaubaren Maßnahmen auf dem Rennbahngelände zu beginnen.

AW: Dr. Eva Högl:

- Dr. Eva Högl weist darauf hin, dass im Rahmen der Planungen für das Rennbahngelände auch eine Mehrzweckhalle für internationale Sportveranstaltungen vorgesehen ist.
- Sie betont, dass auf dem Rennbahngelände bereits vielfältige Sportmöglichkeiten bestehen und das Sportressort deren Weiterentwicklung unterstützen möchte.
- Im Rahmen der weiteren Planungen spricht sie sich dafür aus, so viel Sport wie möglich auf dem Rennbahngelände zu ermöglichen.

Eine weitere Bürgerin schildert einen Vorfall mit einer im Garten einer Nachbarin aufgefundenen Drohne und kritisiert den unterschiedlichen Umgang der eingesetzten Polizeibeamten damit. Sie regt einen einheitlichen Handlungsleitfaden für solche Fälle sowie eine stärkere weibliche Präsenz bei entsprechenden Einsätzen an. Zudem weist sie auf das Thema digitale Gewalt und Voyeurismus hin.

Ingo Tebbe erkundigt sich nach den ersten Erkenntnissen zur Videoüberwachung und insbesondere danach, ob eine Verdrängung der Problematik in umliegende Bereiche festgestellt wurde und wie die weiteren Auswertungen in die zukünftige Vorgehensweise einfließen sollen. Darüber hinaus fragt er nach der Perspektive des Sportressorts hinsichtlich möglicher Ersatzlösungen für wegfallende Wasserflächen. Dabei verweist er insbesondere auf das Stadionbad sowie auf eine Initiative zur weiteren Nutzung einer bestehenden Schwimmhalle für den Schul- und Vereinssport.

AW: Dr. Eva Högl:

- Dr. Eva Högl betont, dass digitale Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Kinder, sehr ernst genommen wird. Den geschilderten Drohnenvorfall will sie nach Möglichkeit noch einmal prüfen und den Umgang der Polizei mit dem Fall nachbereiten lassen.
- Sie weist darauf hin, dass Betroffene bei sensiblen Sachverhalten ausdrücklich den Wunsch nach einer weiblichen Polizeibeamtin äußern können. Im Rahmen der personellen Verfügbarkeit kann darauf eingegangen werden.
- Zur Videoüberwachung erklärt Dr. Eva Högl, dass die Situation am Ziegenmarkt sorgfältig ausgewertet wird. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob die Kriminalität tatsächlich zurückgegangen ist oder lediglich eine Verdrängung in umliegende Bereiche stattgefunden hat.
- Hinsichtlich der wegfallenden Wasserflächen berichtet Dr. Eva Högl, dass verschiedene Ersatzmöglichkeiten geprüft werden, unter anderem im Umfeld des Stadionbads sowie am Jakobsberg. Dazu befindet sie sich bereits im Austausch mit den beteiligten Akteuren und den Sportvereinen.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass Beschwerden über Polizeieinsätze ernst genommen und geprüft werden. Er ermutigt Bürger:innen, sich bei Problemen direkt an die Polizei zu wenden, damit mögliche Fehlentwicklungen aufgearbeitet werden können.

Rosa Hundak erkundigt sich nach konkreten Maßnahmen gegen queer- und transfeindliche Straftaten und möchte wissen, wie deren zunehmender Entwicklung entgegengewirkt werden soll. Zudem weist er auf zunehmende Verstöße beim Parken, insbesondere in Kurvenbereichen und an Haltestellen, hin und fragt nach einer Verbesserung der Verkehrsüberwachung sowie dem Zeitplan hierfür.

Jens Dennhardt spricht sich für eine konsequente Durchsetzung bestehender Regeln und einen weiteren Ausbau des Ordnungsamtes aus. Er möchte wissen, wie Verstöße gegen Park- und Müllvorschriften besser verfolgt werden können. Darüber hinaus erkundigt er sich nach der Einschätzung zur möglichen Geldwäsche in Geschäften im Stadtteil und danach, welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden.

Reinhard Zwilling erkundigt sich danach, welcher Anteil der verhängten Bußgelder tatsächlich bezahlt wird.

AW: Dr. Eva Högl:

- Dr. Eva Högl betont, dass queer- und transfeindliche Straftaten in Bremen sehr ernst genommen werden. Bei der Polizei gibt es eine speziell geschulte und queersensible Anzeigenaufnahme, zudem sollen Prävention und Opferschutz weiter gestärkt werden.
- Zum Falschparken bittet Dr. Eva Högl um konkrete Hinweise zu problematischen Stellen, Wochentagen und Uhrzeiten, damit die Verkehrsüberwachung gezielt kontrollieren kann.
- Zur Geldwäsche erklärt Dr. Eva Högl, dass die Behörden verstärkt Kontrollen durchführen, unter anderem in Barbershops, Kiosken und Spielotheken, um illegale Aktivitäten aufzudecken und stärker ins Hellfeld zu bringen.
- Zum Thema Bußgelder hat sie keine konkreten Informationen und verspricht, diese nachzureichen.

TOP 4: Müll im Stadtteil

Da die DBS und das Umweltressort nicht anwesend ist, wird die Diskussion zum Thema Müll im Stadtteil mit der Senatorin fortgesetzt.

Ralf Bohr möchte wissen, wie das Ordnungsamt den Beirat bei der Bekämpfung illegaler Müllablagerungen unterstützen kann. Er erkundigt sich insbesondere danach, wie Verursacher ermittelt und sanktioniert werden können, und weist auf die möglichen Gefahren hin, wenn Bürger:innen Personen beim illegalen Entsorgen von Müll direkt ansprechen. Zudem hinterfragt er, ob weitere Aufklärungsmaßnahmen ausreichen, und regt konsequente ordnungsrechtliche Maßnahmen sowie spürbare Bußgelder bei Verstößen an.

Jens Dennhardt spricht sich dafür aus, den vorliegenden CDU-Antrag zum Thema Müll an den zuständigen Umweltausschuss zu überweisen, um dort die bisherigen Beschlüsse des Beirats zu bündeln und aufeinander abzustimmen. Er weist auf die wiederkehrenden Probleme bei der Zuständigkeit für verschiedene Flächen und die daraus entstehenden Verzögerungen bei der Müllbeseitigung hin. Zudem regt er eine Überprüfung der Gebührenmodelle für die Sperrmüllentsorgung sowie eine wirksamere Überwachung und Verfolgung illegaler Müllablagerungen an. Abschließend appelliert er an den Senat, das Thema Vermüllung ernst zu nehmen und für sichtbare Verbesserungen zu sorgen.

Jörn Hermening schlägt vor, zunächst die bereits gemeldeten Redner:innen zu Wort kommen zu lassen und anschließend Dr. Eva Högl zu bitten, darzustellen, welchen Beitrag der Bereich Inneres zur Problematik leisten kann. Danach solle der Beirat entscheiden, wie mit dem Thema weiter verfahren wird.

Dr. Christian Kornek weist darauf hin, dass der Beirat seit Jahren mit wiederkehrenden Müllablagerungen befasst ist und fordert ein nachhaltiges Gesamtkonzept anstelle einer lediglich wiederholten Beseitigung des Mülls. Er wirbt dafür den Antrag der CDU zu unterstützen und als gemeinsamen Antrag des Beirats zu beschließen. Zudem erkundigt er sich, wie derzeit gegen Verursacher illegaler Müllablagerungen vorgegangen wird und welche Maßnahmen geplant sind, um künftig eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Ein Bürger kritisiert, dass heute kein Vertreter der DBS anwesend ist und die verschiedenen Mängelmelder aus seiner Sicht nicht ausreichend beachtet werden. Er fragt konkret, warum bei der Müllbeseitigung in der Ahlringstraße wiederholt Müllreste liegen bleiben und mehrere

Ablagerungsstellen nicht gemeinsam beseitigt werden können. Er fordert eine bessere Koordination der zuständigen Stellen.

Zudem fragt er, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, bei illegalen Ablagerungen wie Kühlschränken und anderen Müllgebinden schneller einzugreifen, wenn eine Verunreinigung von Boden oder Grundwasser droht. Insbesondere möchte er wissen, ob ein sofortiger Zugang zu betroffenen Grundstücken ermöglicht werden kann, um eine mögliche Umweltgefährdung zu verhindern.

Yunas Kaya betont, dass das Thema Vermüllung angesichts seiner Bedeutung und der zu erwartenden langfristigen Problematik noch heute beraten und entschieden werden soll. Eine Überweisung an einen Ausschuss, der nur wenige Male im Jahr tagt, hält er für nicht zielführend. Zudem bittet er darum, im Protokoll festzuhalten, dass weder die Klima- und Umweltbehörde noch die DBS vertreten waren, und regt an, dass Frau Högl dies an die zuständige Senatorin weitergibt.

Ingo Tebbe betont, dass die Vermüllung im Stadtteil ein besonders belastendes und für die Bürger:innen wichtiges Thema ist. Er spricht sich dafür aus, das Thema gemeinsam mit den zuständigen Behörden erneut aufzugreifen und hierzu einen vorbereiteten Antrag zu erarbeiten.

Darüber hinaus spricht er die Vermüllung im Bereich des Könecke-Geländes und die Abgrenzung zum öffentlichen Gelände an. Er fragt, wie die Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ressorts geklärt werden können und ob eine bauliche Abtrennung zwischen Privat- und öffentlichem Gelände möglich ist. Eine Videoüberwachung allein ist aus seiner Sicht keine ausreichende Lösung.

Cornelia Schelter weist darauf hin, dass sich der Fachausschuss Umwelt, Lärm und Gesundheit bereits seit Monaten mit dem Thema Müll beschäftigt. Für die nächste Sitzung im August sind unter anderem die DBS, das Umweltamt und das Einwohnermeldeamt eingeladen worden, um auch die Ursachen illegaler Müllablagerungen zu untersuchen, beispielsweise ob die vorhandenen Mülltonnen in den Haushalten ausreichend dimensioniert sind. Sie betont, dass nun gehandelt werden muss und nicht lediglich weitere Anträge und Beschlüsse gefasst werden sollen. Entscheidend ist, die zuständigen Stellen gemeinsam an einen Tisch zu bekommen.

Tim Sültenfuß betont, dass Müll auch für die Linke ein großes Problem im Stadtteil ist und bereits mehrfach Müllsammelaktionen organisiert wurden. Er weist darauf hin, dass neben dem individuellen Fehlverhalten auch strukturelle Ursachen für die illegalen Müllablagerungen betrachtet werden müssen.

Als Beispiel nennt er Fälle, in denen Wohnhäusern keine oder keine ausreichenden Mülltonnen zur Verfügung gestellt werden und die Eigentümer ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Er sieht in solchen Fällen einen Zusammenhang zwischen problematischen Geschäftsmodellen von Wohnungseigentümern und der zunehmenden Vermüllung und fordert, auch diese Ursachen bei der Problemlösung zu berücksichtigen.

Uwe Jahn bittet darum zu prüfen, ob ein Abgleich zwischen dem Bezug von Leistungen und der Anzahl der Mieter eines Haushalts möglich ist, um festzustellen, ob ausreichend Mülltonnen bereitgestellt werden. Falls erforderlich, sollte die Bereitstellung von Mülltonnen auch mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden.

AW: Dr. Eva Högl:

- Dr. Eva Högl bedauert, dass die DBS und die Senatsverwaltung für Umwelt, Klima und Wissenschaft nicht anwesend sind, da diese für das Thema Müll zuständig seien. Sie betont, dass der Senat das Thema sehr ernst nehme und eine ressortübergreifende Taskforce eingerichtet habe, um die Zuständigkeiten zu bündeln.
- Die DBS und die Müllsheriffs hätten inzwischen mehr Befugnisse und könnten Verwaltungs- und Bußgeldverfahren eigenständig einleiten. Der Müll müsse unabhängig von seiner Herkunft oder Menge zunächst konsequent beseitigt werden. Gleichzeitig sollen die Ursachen und Verursacher ermittelt werden.
- Högl spricht sich außerdem für eine Videoüberwachung an besonders belasteten Müll-Hotspots sowie für höhere Bußgelder aus, damit illegale Müllablagerungen tatsächlich abschreckend wirken. Auch eine stärkere Digitalisierung des Bußgeldverfahrens solle geprüft werden.
- Den Vorschlag eines behördenübergreifenden Datenaustauschs, etwa zum Abgleich von Leistungsbezug und Mülltonnen, hält sie für prüfenswert, weist aber auf datenschutzrechtliche und grundrechtliche Fragen hin. Abschließend betont sie, dass sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit alles Mögliche beitragen werde, empfiehlt dem Beirat aber, die konkreten Probleme und Maßnahmen direkt mit der DBS zu erörtern.

Antrag der CDU-Fraktion vom 13.08.

Dr. Christian Kornek stellt den Antrag vor (Anlage 3).

Zusammenfassung des Antrags:

- Bekämpfung des Rattenbefalls soll verstärkt werden.
- Gebührenfreie Sperrmüll-Sammeltage für eine legale und einfache Entsorgung.
- Häufigere Kontrolle bei bekannten Müll-Hotspots.
- Sensibilisierung für Recycling, Müllvermeidung und – Trennung in Schule und Kitas.
- Härtere Konsequenzen und verstärkte Prävention zur Verhinderung von illegalem Müll.
- Der Senat soll über konkrete Maßnahmen berichten.

Ziel ist eine dauerhafte Verbesserung der Sauberkeit im Stadtteil

Diskussion:

Ralf Bohr kann sich aufgrund der zeitlichen Nähe vorstellen, den Antrag im Umweltausschuss zu beraten. Er weist darauf hin, dass einige Forderungen bereits Gegenstand früherer Beschlüsse der Bürgerschaft sind und beispielsweise zum Thema Rattenbefall bereits an einer Umsetzung bzw. Evaluierung gearbeitet wird. Daher hält er es für sinnvoller, den Antrag im Ausschuss zu beraten und dort einen aktualisierten Antrag zu erarbeiten, der sich auf noch offene und aktuelle Maßnahmen konzentriert.

Jens Dennhardt betont, dass es ihm nicht grundsätzlich um eine Beratung im Ausschuss geht. Vielmehr sollen die bereits gefassten Beschlüsse des Beirats zum Thema Müll zunächst zusammengetragen und zu einem gemeinsamen Gesamtkonzept weiterentwickelt werden. Da der Beirat das Thema bereits parteiübergreifend bearbeitet, hält er es nicht für sinnvoll, dass jede Fraktion dazu einzelne Anträge einbringt.

Dabei soll geprüft werden, welche Forderungen bereits beschlossen wurden und welche Punkte noch ergänzt werden müssen. Ziel sei ein gemeinsamer, von allen Fraktionen getragener Antrag. Dies kann bei Bedarf im Ausschuss oder in der nächsten Beiratssitzung erfolgen, möglichst unter Einbeziehung der zuständigen Behörden und der DBS.

Dr. Christian Kornek kritisiert, dass das Thema Müll trotz seiner hohen Bedeutung für den Stadtteil erneut vertagt werden soll. Er verweist darauf, dass der Antrag rechtzeitig eingereicht wurde und die darin enthaltenen Forderungen bereits zuvor im Beirat angesprochen worden sind. Eine weitere Beratung im Ausschuss würde seiner Ansicht nach zu unnötigen Verzögerungen führen, obwohl das Problem den Stadtteil seit Langem belastet.

Berfin Atac betont, dass die Bedeutung des Themas Vermüllung nicht infrage gestellt wird und sie den Antrag der CDU grundsätzlich begrüßt. Sie verweist jedoch darauf, dass eine intensive Beratung im zuständigen Ausschuss bereits vorbereitet ist und dort nachhaltige Maßnahmen entwickelt werden können.

Zudem bittet sie die CDU darum, in den sozialen Medien und in der Presse nicht wiederholt konkrete Orte von Müllablagerungen öffentlich zu benennen. Dadurch können diese Stellen ihrer Ansicht nach erst recht bekannt werden und möglicherweise dazu führen, dass dort weiterer illegaler Müll abgestellt wird. Sie betont, dass dies kein persönlicher Vorwurf ist, sondern ein sachlicher Hinweis, den sie zur Diskussion stellen will.

Ralf Bohr schlägt vor, die DBS und das Umweltressort erneut einzuladen. Die Beratung im Ausschuss am 24.08. kann dazu genutzt werden, die bisherigen Beschlüsse des Beirats sowie die Antworten des Ressorts zusammenzutragen und gegebenenfalls noch ausstehende Rückmeldungen einzufordern. Auf dieser Grundlage kann ein gemeinsamer Vorschlag für die nächste Beiratssitzung am 10.09. erarbeitet werden.

Jörn Hermening lässt abstimmen. Zur Abstimmung stehen der Vorschlag, den Antrag zur Überarbeitung an den Ausschuss zu verweisen, sowie der Vorschlag, das Thema in der nächsten Beiratssitzung unter erneuter Einladung der DBS aufzurufen und durch den Fachausschuss entsprechend vorzubereiten.

Abstimmung über Vertagung des Antrages und Überweisung in den Fachausschuss:

Stellungnahme: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Abstimmung darüber, das Thema auf der nächsten Beiratssitzung mit Einladung DBS und Umweltressort wieder aufzurufen:

Stellungnahme: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 5: Heizkosten Vonovia von der Linken

Ingo Tebje stellt den folgenden Antrag vor (Anlage 4):

Ingo Tebje erläutert den Antrag. Hintergrund sind zahlreiche Beschwerden von Mieter:innen über fehlerhafte Heiz- und Warmwasserkostenabrechnungen bei Vonovia. Trotz entsprechender rechtlicher Vorgaben werden Heiz- und Warmwasserkosten teilweise nicht korrekt getrennt erfasst. In Fällen, in denen dies nicht ordnungsgemäß erfolgt, haben Mieter:innen Anspruch auf eine Kürzung bzw. Erstattung von 15 Prozent der Heizkosten. Vonovia hat entsprechende Ansprüche bereits in mehreren Einzelfällen anerkannt.

Aus Sicht von Ingo Tebbe muss geprüft werden, ob es sich dabei um ein systematisches Problem handelt. Der Antrag fordert daher unter anderem, dass Vonovia betroffene Mieter:innen einheitlich entschädigt und die technischen Voraussetzungen für eine korrekte Abrechnung schafft. Darüber hinaus sollen bestehende Mängel in den Wohnungen, beispielsweise Schimmel, defekte Heizkörper oder Türen, zeitnah behoben werden.

Abschließend regt er an, politisch zu prüfen, wie die betroffenen Mieter:innen unterstützt werden können und ob bei dauerhaft problematischen Wohnungsbeständen gegebenenfalls auch eine Übernahme einzelner Wohnungsbestände durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften in Betracht gezogen werden soll.

Timm Tebbe, der Regionalbereichsleiter der Vonovia berichtet wie folgt:

- Die Vonovia nimmt die Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner zu Heizkostenabrechnungen und Wohnungsmängeln ernst.
- Das Quartier Hinter den Ellern/Dammerbeckstraße umfasst rund 54 Gebäude mit knapp 330 Wohneinheiten. In den vergangenen drei Jahren investiert die Vonovia dort rund 3,1 Mio. Euro in Instandhaltung, Modernisierung und Aufwertung.
- Die Heizkosten werden bereits verbrauchsabhängig erfasst und entsprechend der Heizkostenverordnung abgerechnet.
- Die Vonovia prüft den Einbau zusätzlicher Wärmemengenzähler und plant deren Installation. Ziel ist eine transparentere Zuordnung der Wärmemengen; niedrigere Heizkosten ergeben sich dadurch jedoch nicht automatisch.
- Wohnungsmängel wie Schimmel, Feuchtigkeit oder defekte Heizungen werden priorisiert bearbeitet. Eine besondere Häufung solcher Fälle im Quartier stellt die Vonovia nach eigener Auswertung nicht fest.
- Die Vonovia ist mit einem Objektbetreuer täglich vor Ort und arbeitet zudem mit sozialen Einrichtungen und weiteren Partnern im Quartier zusammen.

Jens Rathgeber vom Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen berichtet wie folgt:

- Die Problematik fehlerhafter Betriebs- und Heizkostenabrechnungen erinnere ihn an ähnliche Fälle in Lüssum aus den Jahren 2018 und 2019, die damals gemeinsam mit der Verbraucherzentrale untersucht worden seien.
- Er kritisiert, dass sich die Problematik bei Vonovia offenbar auch Jahre später nicht grundlegend verändert habe und fordert ordnungsgemäße Abrechnungen.
- Er verweist auf den Bremer Mieterverein als Anlaufstelle für betroffene Mieter:innen und empfiehlt, bei Problemen dort Unterstützung zu suchen.
- Abschließend kündigt er an, dass das Aktionsbündnis die Situation weiter beobachten und den Austausch mit den beteiligten Akteuren fortsetzen werde.

Diskussion:

Reinhard Zwilling weist darauf hin, dass Vonovia verpflichtet ist, ordnungsgemäße Heizkostenabrechnungen zu erstellen und gemeldete Wohnungsmängel zeitnah zu beheben. Er hinterfragt, ob der Beirat eine Rückzahlung von 15 Prozent der Heizkosten überhaupt beschließen könne. Bei fehlerhaften Abrechnungen sollten die Mieter:innen gegebenenfalls rechtliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Hinsichtlich von Wohnungsmängeln wie Schimmel müsse zudem zunächst die Ursache geklärt werden.

Jens Dennhardt bedankt sich für die Unterstützung der Mieter:innen durch die Linken und andere Akteure. Er betont, dass viele Menschen ihre Rechte nicht kennen und daher Unterstützung benötigen, um diese durchzusetzen. Sollte sich bei Vonovia ein größeres Problem zeigen, sieht er auch die Politik in der Verantwortung, hier unterstützend tätig zu werden.

Zudem fragt er den Vertreter der Vonovia, ob das Unternehmen die genannten Punkte grundsätzlich umsetzen wolle oder ob es darauf warte, dass einzelne Mieter:innen ihre Ansprüche jeweils gerichtlich durchsetzen.

Tim Sültenfuß führt aus, dass der Beirat die Vonovia durchaus zu bestimmten Maßnahmen auffordern kann und die im Antrag genannten 15 % auf der bestehenden Rechtslage beruhen. Er betont, dass Probleme mit Vonovia nicht nur in Hemelingen, sondern stadtweit und auch bundesweit auftreten. Zudem kritisiert er das Geschäftsmodell von Vonovia und fordert langfristig, große Wohnungskonzerne in kommunales Eigentum zu überführen.

Elisabeth Laß bedankt sich zunächst für das Erscheinen und das soziale Engagement der Vonovia im Quartier. Sie kritisiert jedoch, dass die zusätzlichen Wärmemengenzähler bereits seit 2014 verpflichtend sind und Mieter bei fehlenden Zählern einen Anspruch auf eine Kürzung der Heizkosten haben. Sie weist darauf hin, dass insbesondere sozial schwächere Mieter ihre Rechte häufig nicht kennen und daher Unterstützung benötigen. Zudem fragt sie, wann die angekündigten zusätzlichen Zähler umgesetzt werden sollen und ob die Betreuung vor Ort angesichts von rund 330 Wohneinheiten personell ausreichend ist.

AW: Timm Tebbe:

- Die Heiz- und Betriebskostenabrechnungen werden zentral erstellt und alle Quartiere werden nach denselben Vorgaben behandelt. Die Abrechnungen können über die Vonovia-App eingesehen werden.
- Bei Schimmelmeldungen werde jeder Fall unabhängig von der Ursache geprüft und bearbeitet. Die Mieter müssten keine Repressalien befürchten.
- Die Heizkostenabrechnungen erfolgen nach der Heizkostenverordnung. Ein Teil der Kosten werde verbrauchsabhängig und ein weiterer Teil nach Quadratmetern abgerechnet. Heizkostenverteiler und Warmwasserzähler sind bereits vorhanden.
- Bei den zusätzlichen Wärmemengenzählern im Nahwärmenetz reagiere Vonovia auf die neuere Rechtsprechung. Die technische Umsetzung kann voraussichtlich noch in diesem Jahr abgeschlossen werden, sodass die zusätzliche Messung im kommenden Jahr in die Abrechnung einfließen kann.
- Bei der zusätzlichen Messtechnik geht es vor allem um eine rechtlich korrekte und transparentere Ausgestaltung der Abrechnung.

Dr. Christian Kornek kritisiert, dass der Antrag der Vonovia pauschal die Ausnutzung von Unwissenheit, Sprachbarrieren und Ängsten sowie unlautere Machenschaften vorwirft. Er hält auch die angedeuteten politischen Konsequenzen bis hin zur Enteignung für unangemessen und fragt, wie viele Mieterinnen und Mieter für die im Antrag erhobenen Vorwürfe tatsächlich befragt wurden.

Ein Mieter berichtet von wiederholten Problemen mit seiner Heizung und kritisiert insbesondere die Bearbeitung von Schadensmeldungen über die Vonovia-App. Trotz mehrfacher Meldungen seien Tickets geschlossen worden, obwohl das Problem weiterhin bestanden habe. Teilweise habe er vergeblich auf Handwerker gewartet und dafür sogar von der Arbeit freinehmen müssen.

Karl von der Partei Die Linke berichtet, dass bei den Gesprächen an den Haustüren mit mehr als der Hälfte bzw. über 50 Mieter:innen gesprochen wurde und bereits zahlreiche Widersprüche gegen die Abrechnungen eingereicht wurden. Zudem schildert er mehrere Fälle von ausgefallenen Heizungen und kalten Wohnungen im Winter. Besonders betroffen ist eine Familie mit Kindern und einer schwangeren Frau gewesen, die mehrere Tage mit einem Heizlüfter heizen musste. Er bezeichnet diese Zustände als unzumutbar.

Ingo Tebbe betont, dass Vonovia in mehreren Fällen den Anspruch auf eine 15-prozentige Heizkostenerstattung anerkennt, die Erstattung jedoch erst nach einem Widerspruch der

Mieter erfolgt. Er kritisiert, dass die Betroffenen ihren Anspruch selbst geltend machen müssen, und fordert, die 15 % bis zum Einbau der Wärmemengenzähler allen betroffenen Mietern automatisch zu erstatten. Zudem verweist er erneut auf die gemeldeten Probleme mit Heizungen, der App und bestehenden Wohnungsmängeln.

Jens Dennhardt stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung ausschließlich für diesen Tagesordnungspunkt zu verlängern, die Redeliste zu schließen und die Redezeit auf zwei Minuten zu begrenzen. Herr Tebbe soll jedoch noch die Möglichkeit erhalten, auf an ihn gerichtete Fragen zu antworten.

Ralf Bohr schlägt vor, die Redeliste nicht zu schließen, sondern die Debatte zu beenden und direkt in die Abstimmung einzutreten, da aus seiner Sicht alle wesentlichen Argumente ausgetauscht sind.

Dr. Christian Kornek kritisiert den Vorschlag, die Debatte an dieser Stelle zu beenden. Er weist darauf hin, dass noch mehrere Personen auf der Redeliste stehen und diese noch zu Wort kommen sollten.

Abstimmung:

Jörn Hermening lässt zunächst über den Antrag von Ralf Bohr abstimmen, die Debatte zu beenden und direkt zur Abstimmung überzugehen:

Stellungnahme: Ablehnung (2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Anschließend lässt er über den Antrag von Jens Dennhardt abstimmen, die Redezeit auf zwei Minuten zu begrenzen, die Redeliste zu schließen und die Sitzung nach dem Tagesordnungspunkt zu beenden:

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Waltraut Otten fragt, seit wann das Quartier über Warmwasser verfügt und ob Vonovia im Ortsteil neben den Wohnungen in der Dammerbergstraße und Hinter den Ellern weitere Wohnungsbestände hat.

Uwe Jahn stellt fest, dass trotz unterschiedlicher politischer Positionen die rechtlichen Vorgaben maßgeblich sind. Er begrüßt die von Timm Tebbe angekündigte Installation funkgesteuerter Ablesegeräte und möchte wissen ob ab dem 1. Januar 2027 alle Heizkörper entsprechend ausgestattet sind und die Mieter ihre Verbrauchsdaten monatlich einsehen können.

Dr. Christian Kornek betont, dass es ihm nicht um die Vonovia selbst, sondern um pauschale Verurteilungen und insbesondere um die Forderung nach Enteignung geht. Er schlägt vor, die Vonovia zur Sitzung im Januar erneut einzuladen und dann zu beraten, wie die angesprochenen Probleme gelöst werden sind.

Ein Bürger berichtet von Gesprächen mit über 100 Bewohner:innen, bei denen überwiegend ähnliche Probleme mit Vonovia geschildert wurden. Er bezeichnet die Situation als strukturelles Problem und fordert, dass die betroffenen Mieter:innen die ihnen zustehende 15-prozentige Rückerstattung der Heizkosten erhalten.

AW: Timm Tebbe antwortet:

- Grundsätzlich ist jeder Heizkörper mit einem Heizkostenverteiler und Wohnungen mit zentraler Warmwasserversorgung mit einem Warmwasserzähler ausgestattet. Wohnungen mit Durchlauferhitzern werden über den individuellen Stromverbrauch abgerechnet.
- Er bestätigt, dass es zeitweise erhebliche Probleme mit der Heizungsanlage gegeben hat. Vonovia stellt betroffenen Mietern Heizlüfter zur Verfügung und erstattet die dadurch entstandenen Stromkosten.
- Da die Heizungsanlage nicht dauerhaft repariert werden kann, wird sie ausgetauscht. Bis zum Austausch wird eine mobile Heizungsanlage eingesetzt, wobei es zeitweise Probleme bei der Versorgung gibt.
- Er räumt ein, dass es dadurch zu Einschränkungen für die Mieterinnen und Mieter kommt, betont jedoch, dass Vonovia versucht, die Probleme schnellstmöglich zu beheben.

Abstimmung über den Antrag der Linken:

Stellungnahme: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Der Antrag der Linken wird angenommen.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag das Thema in der Januarsitzung auf die Tagesordnung zu nehmen und die Vonovia erneut einzuladen.

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 10.09.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Mahndorf stattfinden.

Geplante Themen:

- Begleitmaßnahmen Gewerbegebiet Hansalinie
- Stellungnahme Verlängerung der Straßenbahn von Sebaldsbrück über Osterholzer Heerstr. nach Osterholz und Querspange Malerstraße

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll